

Session VI: Diskussionsrunde – Von der Pflanze zum Patienten

Micha Hauswirth, Journalist

Einleitende Worte zur drogenpolitischen Ausgangslage

Ausserhalb von Europa herrscht Aufbruchsstimmung. Länder wie Uruguay machten Schlagzeilen, weil sie weg wollten vom Cannabisverbot. In Australien ist medizinisches Cannabis inzwischen legal. In den USA gibt es in einigen Staaten bereits Dispenser für medizinisches Cannabis und der Zugang zu medizinischem Cannabis wurde deutlich vereinfacht. Andere Staaten stehen vor der Komplettlegalisierung und wollen dem Staat Colorado folgen.

Europa ist da noch nicht so weit. In europäischen Ländern wie der Schweiz gibt es Cannabis auf Rezept, wenn auch unter Auflagen, während in Frankreich sich die Debatte immer noch darum dreht, ob die Diskussion um die therapeutische Verwendung von Hanf nicht einfach nur ein Vorwand sei, um die Legalisierung vorzubereiten. Erst vor zwei Wochen hat ein nationaler französischer Nachrichtensender berichtet, bei 25 Prozent aller tödlichen Autounfälle sei Cannabiskonsum die Ursache. Es kam zu keiner kritischen Nachfrage des Journalisten. Ob das so stimmt, können wir hier nicht beantworten, es klingt sehr unwahrscheinlich. Auch in bislang liberaleren Ländern wie den Niederlanden oder eben hier in der Schweiz kommt die Debatte nur im Kriechgang voran. Niemand greift die Frage öffentlich auf, wer eigentlich so grosse Angst hat vor einer Öffnung und Neuorientierung in Sachen Cannabis, wenn doch inzwischen kaum noch bestritten wird, dass die Hauptprofiteure des illegalen Cannabis-Handels kriminelle Organisationen sind. Über 7 Milliarden Euro werden in Europa jährlich umgesetzt. In der Schweiz gehen die Hochrechnungen von einer Milliarde Schweizer Franken aus.

In den USA gibt es Stimmen – die gibt es natürlich auch in Europa –, die behaupten, dass gewisse Pharmahersteller keine Freude haben an der Aussicht, Marktanteile an die Cannabismedizin zu verlieren. Zum Beispiel wenn Schmerztherapeuten künftig vermehrt auf Hanf-Medikamente zurückgreifen würden. Die heutige Gesellschaft muss sich damit befassen, ob sie Entscheidungsfreiheit und das Recht auf Heilung höher gewichten will als das Recht der Pharmakonzerne auf Gewinn.

In diesem Spannungsfeld versucht sich die Forschung rund um den medizinischen Einsatz aufzuzeigen, wie gross das Potenzial dieser Pflanze wäre. Auch wenn es leichter wurde, auch wenn die Entwicklung in der USA die Arbeit vereinfacht hat, das politische Umfeld stimmt noch nicht. Zumindest in Europa. Das Beispiel einer wichtigen offenen Frage zeigt, wie sehr die Politik gefordert wäre – es geht um das Verkehrsgesetz. Was nützt es, wenn das Gesetz den Patienten erlaubt, Cannabis-Medikamente einzunehmen, sie es aber dann doch nicht tun, weil die Verkehrsgesetze nach wie vor jeden rigoros bestrafen, bei dem sich Abbauprodukte von THC in Blut oder Urin finden? Ist jemand, der Cannabis-Medikamente einnimmt, in einen Unfall verwickelt, verliert er höchstwahrscheinlich seinen Führerschein, selbst wenn er keine Schuld trägt. Ein Arbeitnehmer, der aufs Auto angewiesen ist, wird sich vor diesem Hintergrund gegen das

Cannabis-Medikament entscheiden, obwohl dieses ihm vielleicht nützen und seine Heilungschancen erhöhen würde. Die Politik könnte hier etwas ganz Einfaches tun, wenn sie nur wollte: Sie könnte wie beim Alkohol Grenzwerte festlegen, wo die Beeinträchtigung der Fahrtauglichkeit beginnt. Doch dazu bräuchte es eine generelle Abwendung von Verbot und Bestrafung.

Es ist leider so, dass die Medikamenten-Akzeptanz stark an die Legalisierungsfrage im hedonistischen Gebrauch geknüpft ist. Obwohl die Zustimmung zu Hanf als Medikament im Steigen begriffen ist, braucht es die Einsicht, dass das Verbot mehr schadet als nützt und von einem regulativen Modell am Ende die Patienten, die Konsumenten und deshalb am Ende auch die Gesellschaft profitiert.